Prof. Dr.-Ing. Otto Intze und die Entwicklung der Talsperrenwirtschaft im Ruhrgebiet

Prof. Dr.-Ing. Peter Rißler

Vortrag am 21. Juni 2011 anlässlich der 20. Fachtagung
der Deutschen Wasserhistorischen Gesellschaft
in Essen

Einleitung

Ruhrtalsperrenverein und Ruhrverband galten seit Jahrzehnten und gelten nach wie vor weltweit als frühe, gelungene Symbiose von Wassermengen- und Wassergütewirtschaft.

Bereits vor hundert Jahren, als alle Welt, wenn überhaupt, kleinräumige Wasserversorgungen in Szene setzte, und als noch kaum jemand sonst über eine systematische und flächendeckende Abwasserreinigung nachdachte, organisierte sich das Ruhrgebiet in dieser Hinsicht bereits selbst.

Mit visionärer Kraft begabte Persönlichkeiten in Verwaltung und Wissenschaft, der Regierungspräsident von Düsseldorf, Freiherr Georg Kreuzwendedich von Rheinbaben und der Geheime Regierungsrat Professor Dr. Otto Intze von der Technischen Hochschule Aachen, entwarfen eine Lösung für eine großräumige, ganzheitliche Wassermengenwirtschaft und setzten sie zum Wohle der Region durch. Sie hatte, zusammen mit der etwas später organisierten Wassergütewirtschaft, bereits damals viele Züge der neuen EU Wasserrahmenrichtlinie. Nicht Verwaltungsgrenzen wurden maßgebend, sondern Wasserscheiden. Nicht Spartendenken beeinflusste die großen Entscheidungen, sondern ein ganzheitlicher Ansatz. Andere, wie die Oberbürgermeister von Essen, Zweigert und Holle, führten das Ganze zum praktischen Erfolg.

Die historische Entwicklung im Ruhrgebiet 1800-1900

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert hatte Duisburg 5.300 Einwohner, Mülheim 500, Essen 4.500, Bochum 2.100, Gelsenkirchen 500 und Dortmund 4.300. Die napoleonische Herrschaft und ihr Ende brachten vielfältige und teilweise mehrmalige Umschichtungen der Besitzverhältnisse. Am 19. November 1813 wird das Ruhrgebiet Teil des neu gebildeten preußischen Militärgouvernements zwischen Rhein und Weser, damit Teil Preußens und bleibt es für lange Zeit. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil die einheitliche politische Struktur und die straffe Verwaltung dieses Staatswesens und seine Aufgeschlossenheit für neue Ideen sowohl die Entwicklung der Region wie auch - später- der großräumigen Wasserwirtschaft begünstigt haben.

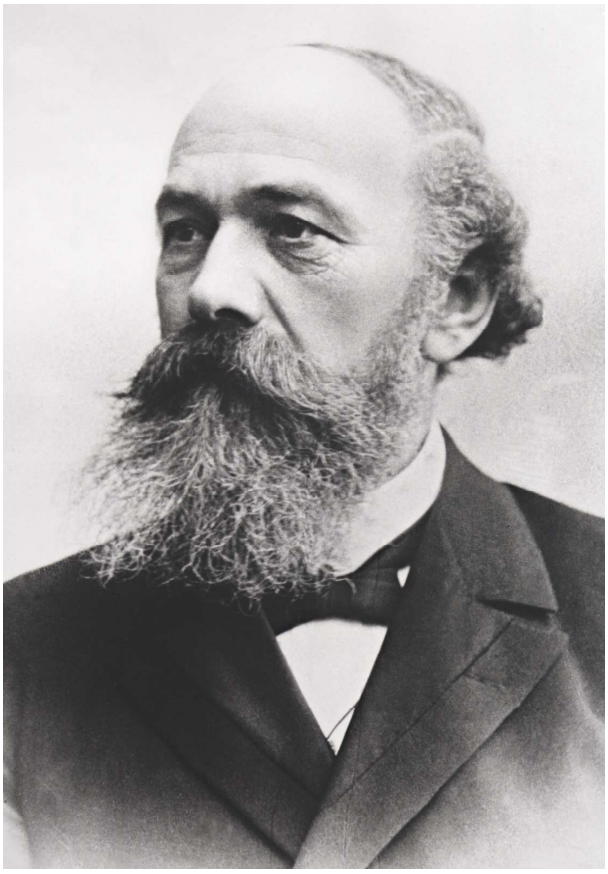

Abb. 1 Prof. Dr.-Ing. Otte Intze

Abb.2 Georg Kreuzwendedich Freiherr von Rheinbaben als Regierungspräsident Düsseldorf

1801 wird auf der Zeche Vollmond in Langendreer die erste Dampfmaschine im Ruhrbergbau eingesetzt. Freiherr von Stein, zu jener Zeit Direktor des Märkischen Bergamtes und späterer preußischer Wirtschafts- und Finanzminister, hat sie bereits 1790 beim Schlesischen Bergamt bestellt. Franz Dinnendaal, ein örtlicher Zimmermann, bringt sie zum Laufen und widmet sich fortan dem Dampfmaschinenbau. 1832 schließen sich im Muttental bei Witten die meisten Kleinzechen zur „Gewerkschaft Vereinigte Nachtigall“ zusammen. Die flach liegenden Flöze sind ausgekohlt und man will einen Tiefbauschacht mit ergiebigeren Kohlevorkommen erschließen. Der Bergbau mutiert vom Gewerbe zur Industrie. Ebenfalls 1832 durchstößt der Industrielle Franz Haniel in Borbeck erstmals emschernah, unter großen Mühen, jedoch letztlich erfolgreich, die Mergeldecke, um ebenfalls an tiefere Kohlevorkommen zu gelangen. 1840 stößt Ludwig von Oven, Bauernsohn, bei Bohrarbeiten in Gelsenkirchen auf ein Steinkohleflöz. Mangels Geld und mangels Vertrauen in die Rentabilität verkauft er die Schürfrechte an den Iren William Thomas Mulvany. Dieser teuft 1855 den ersten Tiefbauschacht in Gelsenkirchen ab.

Kohle und Stahl bringen die Region schnell voran. Hatte Essen um die Jahrhundertwende noch 4.500 Einwohner, so waren es 1850 bereits 9.000, 1865 34.000, 1871 52.000 und 1885 78.000. Waren noch 1841 die Tuchfabrik Forstmann und Huffmann aus Werden, die Wollhandlungen Waldthausen und die Buchdruckerei Baedecker die größten Betrieb der Region, so ist 1850 die Gußstahlfabrik Friedrich Krupp das größte Unternehmen der Stadt und auf 34 Zechen wird mit 690.000 Tonnen Kohle ein Drittel der gesamten Ruhrgebietsproduktion gefördert.

1852 wird mit Beteiligung einer Kölner Bankengruppe die Aktiengesellschaft Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein gegründet. Dieser erste große Mischbetrieb des Ruhrgebiets vereinigt mehrere Zechen und Hochöfen im Dortmunder Raum. Weitere analoge Zusammenschlüsse finden nahezu zeitgleich statt oder folgen. 1850 schließen sich Ruhrorter Kaufleute zur Bergbaugesellschaft Concordia zusammen. Die Firma Mayer & Kühne wird 1854 in die Aktiengesellschaft Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation umgewandelt. 1856 wird in Unna die Bergbau AG Hellweg gegründet, 1872 die Schalker Gruben- und Hüttenverein AG und 1873 die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft.

Die rapide steigende Bevölkerung und die Industrie benötigen große Mengen Wassers. Da keine Grundwasservorkommen zur Verfügung stehen, kann dies nur aus den Flüssen Ruhr und Emscher kommen. Die Emscher hat sich jedoch bereits durch die natürliche Abdachung des Ruhrgebiets nach Norden zum Vorfluter des Industriezone entwickelt. Der Großteil der Abwässer fließt dorthin, ungeklärt. Deshalb etablieren sich die Wasserwerke an der Ruhr, das erste, das Wasserwerk der Stadt Essen, am 1. Dezember 1864. 1866 wird es bereits erweitert. Inzwischen sind statt ursprünglich 280 nun 866 Häuser angeschlossen. Bochum folgt 1870/71, Dortmund 1871 und Duisburg 1875.

Gebiet	1810	1870	1900	1939	1950	1970
	Einwohnerdichte in E/km^2					
Ruhrgebiet	68	202	538	1173	1216	1484
Nordrhein-Westfalen					389	497
Deutsches Reich (bzw. Deutschland)	46	76	104	173	201	244

Tabelle 1 Bevölkerungsentwicklungen (in E/km^2)

Die Vorgeschichte des Ruhrtalsperrenvereins

Nach der Gründung der ersten Wasserwerke an der Ruhr war die Nutzung des Flusses rapide angewachsen. Dabei hatte sich sehr schnell ergeben, dass die Ruhr mit einem mittleren Abfluss von 80 m^3/s zwar in der Lage war, die durchschnittlichen Bedürfnisse der Wasserwerke zu decken, dass sie jedoch in den Trockenjahren, in denen der Abfluss bis auf wenige Kubikmeter in der Sekunde sinken konnte (z.B. 1883 [Intze 1889/1]), weder den Wasserwerken noch den zahlreichen Triebwerken entlang des Flusses genügen konnte. Hinzu kam, dass zu jener Zeit die hydrologischen Zusammenhänge zwar dem Grunde nach bekannt waren, dass sie jedoch mangels entsprechender Einrichtungen nicht überall quantifiziert werden konnten (vgl. [Intze 1889/1]). Immerhin berichtet Otto Intze jedoch in [Intze 1899] über eine 28-jährige Messreihe von 1871 bis 1898 am Mülheimer Pegel.

Insbesondere die Besitzer der Triebwerke kritisieren regelmäßig, dass ihnen die Wasserwerke (zu jener Zeit als „Pumpwerke“ bezeichnet) das zum Betrieb unumgängliche Wasser wegnehmen würden. Diese Vorhaltungen hatten durchaus ihre sachliche Begründung. Denn ein Großteil des von den Wasserwerken geförderten Wassers wird nicht im Einzugsgebiet der Ruhr verwendet. Dort wäre es, wenn auch mit Verdunstungs- und sonstigen Verlusten, der Ruhr wieder zugeführt worden. Vielmehr wird es über die nahe der Ruhr liegende Wasserscheide hinweg nach Norden dem dort wohnenden Verbraucher zugeführt, von wo es dann als Abwasser, der natürlichen Abdachung des Geländes folgend, der Emscher zufließt.

Auch nach Süden, in das Wuppergebiet, fließen Versorgungsströme. Dieses Wasser geht somit der Ruhr endgültig verloren; es wird der Ruhr entzogen. So sinkt die sichtbare Wasserführung der Ruhr bei Mülheim im Jahre 1892 bis auf 7 m^3/s ab, wobei dem Fluss zur gleichen Zeit 3,5 m^3/s dauernd entzogen werden (siehe Schreiben der Regierungspräsidenten von Düsseldorf und Arnsberg vom 26./29. Juni 1898). Bereits 1897 steigt die Entziehung auf 4,5 m^3/s, allein zwischen 1896 und 1897 um ½ m^3/s.

Prof. Intze, einer der Gründungsprofessoren der Rheinisch Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen, reist bereits seit langem durch die deutschen Lande und versucht, den Behörden und den maßgebenden gesellschaftlichen Kräften die Vorzüge von Talsperren für den Hochwasserschutz, für die Sicherstellung der Wasserkräfte und für die Wasserversorgung nahezubringen (z.B. Intze, 1988, 1889 und 1889). Veranlasst hatte ihn hierzu eine 1882 vom Hauptverein Deutscher Ingenieure eingesetzte Kommission, die auch in Aachen eine Bezirksvertretung etabliert hat, welche die Frage prüfen soll, in welcher Weise natürliche Wasserkräfte am besten ausgenutzt werden könnten und, wie Wasserschäden möglichst zu begegnen sei. Im Verlaufe dieser Untersuchungen ist Prof. Intze in ganz Europa unterwegs gewesen und hat sich außergewöhnliche Detailkenntnisse erworben.

Als nun der Streit zwischen Triebwerksbesitzern und Wasserwerken zu eskalieren droht und überdies das explosionsartige Bevölkerungswachstum (s. Tabelle 1) zur weiteren Besorgnis Anlass gibt, beauftragt der Regierungspräsident von Düsseldorf, der bereits genannte Freiherr von Rheinbaben, Prof. Intze mit der Erstellung eines Gutachtens „Über den Nutzen, welchen die Triebwerksbesitzer an der unteren Ruhr durch Anlage von Sammelbecken im Quellgebiete der Ruhr in mittleren trockenen Jahren haben werden".

Bereits ein Jahr vorher, am 10. Januar 1898, hatte im großen Sitzungssaal des Rathauses in Essen eine Konferenz über die „Anlegung von Talsperren in den Provinzen Rheinland und Westfalen" stattgefunden, die ebenfalls vom Regierungspräsidenten Düsseldorf, Freiherrn von Rheinbaben, initiiert und geleitet wurde und an der neben dem Regierungspräsidenten von Arnsberg, Winzer, die Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte und Vertreter bedeutender Industriebetriebe teilnahmen. In seiner Eröffnung spannt der Regierungspräsident von Rheinbaben den Rahmen des gesamten Problemkreises auf. Das Protokoll berichtet darüber wie folgt:

> *„Meine Herren! Die Verhandlung, die uns heute hier zusammengeführt hat, ist bedingt durch den Gedanken, dass es mit den Zuständen, wie sie gegenwärtig sich hinsichtlich der Wasserentnahme aus der Ruhr gestaltet haben, nicht mehr so bleiben kann und zwar wird eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes gleichmäßig bedingt seitens aller an der Wasserentnahme aus der Ruhr beteiligten Kommunen und Werke.*
>
> *Erfreulicherweise handelt es sich darum, nicht die Interessen des Einzelnen gegen den Anderen abzugleichen oder auszuspielen, sondern alle haben das gleiche Interesse, die Wasserverhältnisse der Ruhr so weit zu bessern, dass den Anforderungen aller genügend Rechnung getragen werden kann.*
>
> *Man hat bisher bei der Frage der Entnahme von Wasser aus der Ruhr mehr die Bedürfnisse des einzelnen Falles im Auge gehabt, als die Bedürfnisse der Allgemeinheit; man hat, wenn sich Kommunen oder Werke dazu meldeten, im Allgemeinen nur geprüft, ist ein Bedürfnis für die betreffende Gemeinde oder das betreffende Werk vorhanden, hat dagegen nicht in dem Maße in Rücksicht gezogen,*

welche Folgewirkungen eine solche Entnahme für die Allgemeinheit haben würde. In dieser Weise konnte man in der Tat vorgehen, so lange das Wasser in der Ruhr hinreichend war, den Bedürfnissen zu genügen.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich verändert: Die enorme Vermehrung der Bevölkerung, die Vermehrung der industriellen Anlagen haben dazu geführt, dass die Wasserentnahme aus der Ruhr in einer Weise zugenommen hat, die in der Tat als besorgniserregend angesehen werden muss.

Es hat sich herausgestellt, dass die Ruhr bei niedrigem Wasserstande bei Mülheim nur noch 7 cbm Wasser pro Sekunde führt und dass ihr 3,5 cbm Wasser pro Sekunde dauernd entnommen werden; das entnommene Wasser im Verhältnis zu dem vorhandenen stellt sich bereits wie 1:2. Und es ist unzweifelhaft, dass sich das Bedürfnis nach Entnahme von Wasser aus der Ruhr in immer höherem Maße steigern wird. Soweit menschliche Voraussicht darüber urteilen kann ist anzunehmen, dass die Zunahme der Bevölkerung fortdauern wird und dass dieser Zunahme der Bevölkerung wie der industriellen Anlagen entsprechend auch die Ansprüche auf erhöhte Entnahme aus der Ruhr sich steigern werden; soll diesen Ansprüchen Rechnung getragen werden, so ist es nicht angängig, dass einfach das Wasser aus der Ruhr in erhöhtem Maße entnommen wird, ohne dafür Ersatz zu schaffen.

Die beteiligten Regierungen von Arnsberg und Düsseldorf sind sich darüber schlüssig geworden, dass es notwendig ist, in diesen Dingen eine grundsätzliche Wandlung eintreten zu lassen."

Die spätere Entwicklung der Bevölkerungsdichte hat dem weitsichtigen Regierungspräsidenten mehr als recht gegeben (s. Tabelle 1).

Der Regierungspräsident stellt sodann fest, dass Abhilfe nur durch den Bau von Talsperren geschaffen werden kann. Es sei jedoch nicht angestrebt, selbst Talsperren zu bauen. Vielmehr gehe die Vorstellung dahin, sich am Bau von Talsperren zu beteiligen. Die dafür nötigen Mittel sollten von den Vorteilshabenden aufgebracht werden. Das seien zunächst einmal diejenigen Wasserwerke, welche Wasser „verbrauchten, ohne es wieder zurückzuführen", dann eine zweite Kategorie derjenigen, welche „es verbrauchten, jedoch den größten Teil wieder in die Ruhr zurückführten", sodann die Triebwerke, welche das Wasser „nur zum geringen Teil ver-, zumeist jedoch nur gebrauchten". Zu diesem Zweck solle ein Fonds gegründet werden, in den die Vorteilshabenden regelmäßig einzuzahlen haben und der beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf verwaltet werden solle.

Bemerkenswert auch seine weiteren Ausführungen zur beabsichtigten Organisationsform:

Ich bemerke noch, dass es unsererseits durchaus nicht in der Absicht liegt, hier die Sache einseitig bürokratisch zu behandeln, dass wir vielmehr den dringenden Wunsch haben, uns in allen diesen Fällen mit den nächstbeteiligten Kommunen und Werken in stetem Einvernehmen zu halten und dass, wenn die Erörterung so weit gediehen ist, wir vorschlagen, eine Kommission zu bilden, die mit den beteiligten Regierungen Hand in Hand geht und die weiteren Schritte, die wir zu tun haben werden, mit uns beratschlagt.

Noch am gleichen Tage wird die Kommission gebildet. Sie besteht aus 10 Personen. Am 4. Juni 1898 tagt die Kommission, unter Leitung der beiden Regierungspräsidenten, zum ersten Mal. Auf der Tagesordnung stehen

- allgemeine Grundsätze zur Klassifizierung der Wasserentnehmer,
- die Feststellung des Beitrages der einzelnen Entnehmer,
- die Festlegung der einzurichtenden Messeinrichtungen,
- allgemeine Grundsätze für die Beteiligung an Talsperrenbauten,
- die kostenmäßige Beteiligung der Triebwerke an den Talsperrenbauten,
- Mitteilungen über die geplanten Talsperren und
- Informationen über eine von der Stadt Dortmund bei Schwerte geplante Talsperre (die allerdings nie zur Ausführung kam).

Am 16. Februar 1899 legt Prof. Intze das bereits erwähnte Gutachten vor. Er kommt zum Ergebnis, dass ein Talsperrenvolumen von 25 Mio. m^3 zunächst ausreichen würde, um den Engpässen zu begegnen. Davon würden 13 Mio. m^3 die Entziehung der Wasserwerke kompensieren und 12 Mio. m^3 den Triebwerken zugute kommen. Er weist allerdings darauf hin, dass bei der zu beobachtenden Steigerung des Bedarfs bald weiterer Talsperrenraum zu schaffen sein werde.

Die Gründung des Ruhrtalsperrenvereins als privatrechtlicher Verein

Dies ermöglicht es den beiden Regierungspräsidenten, am 15. April 1899 die interessierten Kreise, wiederum in Essen, zusammenzurufen zur konstituierenden General-Versammlung des Ruhrtalsperrenvereins. Die Ursache für diesen Wandel von einer Kommission unter der Leitung der Regierungspräsidenten zu einem privatrechtlichen Verein lässt sich den Ausführungen des Freiherrn von Rheinbaben im Protokoll entnehmen:

> *„Im Juni letzten Jahres war der alte Gedanke aufrecht erhalten, dass der zu bildende Fonds im wesentlichen verwaltet würde durch die Regierungspräsidenten von Arnsberg und von Düsseldorf, allerdings in stetem Einvernehmen und unter Zustimmung der erwählten Kommission.*
>
> *Gegen diesen Grundgedanken, der in dem Prememoria ausgesprochen war, sind nun von einer ganzen Reihe von Interessenten, namentlich von Seiten der größeren Kommunen lebhafte Bedenken erhoben worden. Es ist uns ausgeführt worden, dass, wenn man verhältnismäßig erhebliche Beiträge von den Kommunen erforderte, man ihnen dann auch ein größeres Maß von Selbstbestimmung einräumen müsse. Wir haben diese Bedenken als berechtigt anerkennen müssen und wir erblicken auch in einer möglichst umfangreichen Mitwirkung der Interessenten die beste Garantie dafür, dass dieses große Werk in richtiger und sachgemäßer Weise ausgestaltet und geleitet wird. Wir haben alle Kompetenz- und Machtfragen in den Hintergrund gestellt und haben die Sache vor die Form gehen lassen und haben uns damit einverstanden erklärt, dass die Regierungspräsidenten die Verwaltung dieses Fonds aus der Hand geben und dass eine vollständige Selbstverwaltung dieses Fonds inszeniert wird, indem der Vorstand im wesentlichen die ganze Verwaltung des Fonds in der Hand hat.*

Wir haben bereits bei der Regierungshauptkasse in Düsseldorf die große Mehrzahl der Beiträge eingezahlt erhalten, es sind bereits 100.000 Mark eingezahlt und werden wir, wenn, wie wir hoffen, die Bildung des Vereins heute zustande kommt, diese 100.000 Mark sofort dem Vorstande überweisen."

Interessant ist, dass großen Raum in der anschließenden Diskussion dem Thema des seinerzeit projektierten Rhein-Elbe-Kanals gewidmet wird, für den eine Einspeisung von Ruhrwasser, aus dem Bereich Hohensyburg, in Erwägung gezogen wurde. Man ist sich bei diesem in Schwebe befindlichen Projekt nicht darüber im Klaren, ob es nicht vielleicht den Zweck des neuen Vereins ernsthaft zuwider laufen würde. Es gibt deshalb Stimmen, welche die Gründung des Vereins so lange aufschieben wollen, bis diese Frage eindeutig geklärt ist. Der Essener Oberbürgermeister Zweigert widerspricht dem vehement unter Hinweis auf die Dringlichkeit der Vereinsgründung, ebenso Oberbürgermeister von Bock, Mülheim. Gleichwohl bleibt die Diskussion über das pro und contra einer Vereinsgründung während dieser Sitzung lange Zeit so kontrovers, dass Freiherr von Rheinbaben schließlich mit einem Gesetzesentwurf der Regierung droht, falls ein freiwilliger Zusammenschluss nicht zu erreichen sein würde.

Im Nachhinein ist nahezu erheiternd jedoch sehr typisch, wie intensiv die Kommunalvertreter über den Sitz des Vereins diskutieren. So sollte dieser, im Gegensatz zum Vorschlag der Regierungspräsidenten („Essen") unbedingt seinen Sitz in Westfalen erhalten, weil

- Essen mit Schwerpunkt außerhalb des Einzugsgebietes der Ruhr liegen würde,
- die meisten Talsperren in Westfalen zu erbauen seien
- und anderes mehr.

Allein, die Regierungspräsidenten beharren auf ihrem Vorschlag und begründen ihn mit der großräumigen fachlichen Zuordnung der Ruhr zum Regierungspräsidenten Düsseldorf. Überdies sei notwendig, den Verein, der eine „Corporation des öffentlichen Rechts" werden solle, der Aufsicht eines Regierungspräsidenten zu unterstellen und man habe sich darauf geeinigt, dies dem Düsseldorfer zu übertragen. Dies mache es sinnvoll, ja notwendig, den Sitz des Vereins in den Regierungsbezirk Düsseldorf zu legen. Überdies liege Essen zentral für alle Mitglieder.

Nach einer Erörterung des von den Regierungspräsidenten vorgelegten Satzungsentwurfs einigt man sich auf einen neunköpfigen Vorstand, dem neun Stellvertreter zur Seite stehen sollen. Vier Vorstandsmitglieder entfallen auf die Kommunen, drei auf die privaten Wasserwerke, eines auf die Triebwerksbesitzer und eines schließlich, in Erwartung weiterer Mitglieder, auf die Nichtmitglieder.

Aus dem gesamten, 35 Druckseiten langen Protokoll ist zu ersehen, dass insbesondere der wortführende Düsseldorfer Regierungspräsident von Rheinbaben beachtliche Überzeugungskraft und große Geduld aufbringen musste, um die teilweise sehr widerstrebenden Kommunalpolitiker, welche sich teilweise hinter ihre Räte verschanzen wollten, zur Zustimmung für die Vereinsgründung zu bewegen. Ohne wenn und aber dafür sind jedoch von Anfang an die Oberbürgermeister der Städte Essen und Mülheim, Zweigert und von Bock.

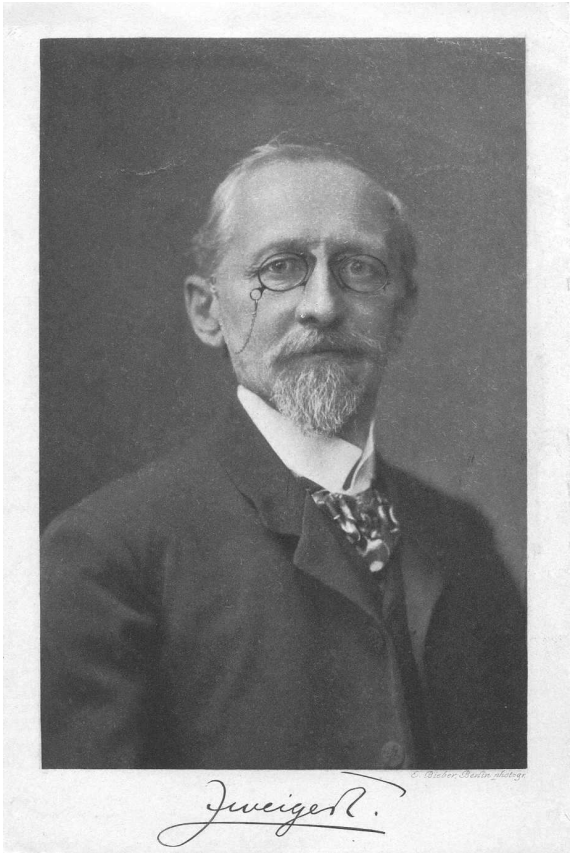

Abb. 3 Oberbürgermeister Zweigert, Essen

Abb. 4 Oberbürgermeister von Bock, Mülheim

In einer weiteren Sitzung im Rathaus in Essen, am 5. August 1899, wird Oberbürgermeister Zweigert zum Vorstandsvorsitzenden gewählt. Zu erwähnen ist, dass bei dieser, wie bei den meisten folgenden Vorstandssitzungen beide Regierungspräsidenten in Person anwesend sind, ein Hinweis darauf, wie wichtig die Regelung der Wasserversorgung dem preußische Staat ist. Außerdem nimmt Prof. Intze fast regelmäßig teil. Er ist in all den folgenden Jahren in diesem Gremium der einzige wirklich profunde Kenner der Sachfragen. Der Vorstand und auch die Regierungspräsidenten vertrauen ihm voll. Prof. Intze hat diese Position bis zu seinem Tode im Jahre 1905 inne.

Mit zu den ersten Amtshandlungen des neuen Vorstands gehört es, bei potentiellen Talsperreninteressenten, also bei Genossenschaften im Einzugsgebiet der Ruhr, welche einen Talsperrenbau anstreben, auf die Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung des Ruhrtalsperrenvereins hinzuweisen und dementsprechende Anträge anzufordern. Bereits in der Vorstandssitzung am 16. November 1899 liegen dem Ruhrtalsperrenverein sieben konkrete Anträge vor, die sich auf 11 Projekte beziehen (Tabelle 3). Bei durchschnittlichen Baukosten von 40 Pf/m^3 und einer angestrebten hälftigen Beteiligung des Vereins an den Kosten sind von den Wasserwerken je aus der Ruhr entnommenem Kubikmeter Rohwasser 0,4 Pfennige zu bezahlen. Dies entspricht einem jährlichen Haushalt des Vereins von anfänglich 150.000 Mark. Der Gesamtanteil der Triebwerke liegt dagegen bei nur 12.000 Mark je Jahr. Solange die Mittel nicht benötigt werden, sind sie zu 3 ½ % in Preußischen Staatsschuldscheinen angelegt.

Flußgebiet	lfd.Nr.	Tal	Größe Einzugs-gebiet (km^2)	jährlicher Zufluß (Mio. m^3)	Stauinhalt (Mio. m^3)	Baukosten (Mio. Mark)	voraus-sichtl. jährlicher Beitrag (Mark)
Obere Ruhr	1	Negertal	20,0	15,0	5,0	2,00	45.000
	2	Elpetal bei Geveling-hausen	30,0	22,0	6,0	2,50	55.000
	3	Hennetal bei Meschede	52,3	38,0	9,5	2,30	70.000
Lenne	4	Oestertal	14,2	11,0	3,0	1,1o	24.000
	5	Versetal *)	4,0	3,0	1,0	0,40	5.000
	6	Fuelbecketal	3,5	2,8	0,7	0,32	4.000
Ennepe bzw. Volme	7	Haspertal	8,0	6,0	2,0	1,26	20.000
	8	Oberes Ennepetal	48,0	38,0	10,0	2,60	75.000
	9	Heilenbecke	7,6	6,0	0,45	0,22	**)
Obere Volme	10	Glörbachtal	7,5	6,0	2,0	0,80	16.000
	11	Jubachtal	6,8	5,6	1,0	0,50	10.000

*) die spätere Fürwiggetalsperre **) keine Angaben

Tabelle 2 Bereits am 16. November 1899 zur Förderung vorgelegte Projekte

Ein interessantes Detail am Rande: In der Vorstandssitzung am 18. April 1900 kommt auch eine Entschädigung für Prof. Intze zur Sprache. Dieser hat bisher sämtliche Entwicklungen bis zum Ruhrtalsperrenverein fachlich begleitet und dafür nie etwas erhalten. Vom Vorsitzenden aufgefordert, eine Honorierung zu beziffern, schreibt Prof. Intze mit Datum vom 3. März 1900 (Protokoll vom 18. April) an diesen:

> *„Ich habe an eine solche Entschädigung bisher gar nicht gedacht. Wenn ich seit etwa vier Jahren in der Frage der Verbesserung der Wasserverhältnisse im Ruhrgebiet ohne Entschädigung tätig war, so habe ich dies zum Teil zu einer Ehrenpflicht meiner Stellung als Professor der hiesigen Hochschule, der ich gerne häufig größere Opfer bringe, gerechnet, zum Teil eine ausreichende Entschädigung in dem Honorar zu finden geglaubt, welches mir für größere Bauaufträge von den betreffenden Interessenten nach den üblichen Honorarnormen gezahlt wird. Es ist mir eine Freude und Ehre gewesen, seit Jahren an der Förderung der Ruhrtalsperren-Angelegenheit mitarbeiten zu können. Ich darf Sie daher wohl bitten, bei den betreffenden Verhandlungen zu betonen, dass ich auf eine Entschädigung durch den Vorstand des Vereins nicht gerechnet habe. Ich möchte indessen den Vorstand auch nicht durch eine Zurückweisung der mir zugedachten Vergütung verletzen und den Vorstand nicht etwa in dem unbehaglichen Gefühl lassen, mir gegenüber in der Schuld geblieben zu sein. Ich bitte aber ergebenst, die mir zugedachte Entschädigung in sehr bescheidenen Grenzen halten zu wollen.“*

Prof. Intze lässt sich dann später doch dazu überreden, eine geldliche Forderung zu stellen. Diese erscheint dem Vorstand jedoch zu gering und so setzt dieser in seiner Sitzung am 8. Dezember 1900 die Entschädigung von sich aus folgendermaßen fest:

- für die Drucklegung der Denkschrift „Nutzen der Triebwerke an der unteren Ruhr durch Anlage von Sammelbecken“ in 140 Exemplaren 500 Mark,

- für seine Teilnahme an den Sitzungen *„eine Entschädigung von 100 Mark täglich einschließlich der Reisetage, so dass also beispielsweise für die Reise nach Arnsberg zu*

zahlen ist, ein Tag für die Hinreise, 2 Tage für die Sitzung dortselbst, und für die Rückreise abermals ein Tag, also zusammen 4 Tage oder 400 Mark. Außerdem die Reisekosten 1. Klasse hin und zurück. Dies Entschädigung soll dem Herrn Geheimrat Intze aus der Kasse des Vereins auch für diejenigen Bemühungen gezahlt werden, die derselbe aufgewendet hat, um den Ruhrtalsperrenverein zu Stande zu bringen."

Um Letzteres abwickeln zu können, bittet der Vorstand den Regierungspräsidenten Düsseldorf um eine Auflistung all derjenigen Termine aus dem Vorfeld, an denen Prof. Intze teilgenommen hatte. Ausweislich der Vorstandsprotokolle summiert sich das Honorar bis Ende 1900 auf etwa 6.000 Mark.

Nach dem Protokoll der Generalversammlung am 22. Dezember 1900 hat der Ruhrtalsperrenverein damals 85 Mitglieder. Sie versorgen 2,3 Mio. Menschen und die Industrie mit Wasser. Die Diskussionen der folgenden Jahre ranken sich bevorzugt um die Themen

- neue Talsperrenprojekte und deren finanzielle Auswirkungen auf den Verein,
- Aufnahme neuer Mitglieder,
- Räumliche Konkurrenz bestehender Wasserwerke gegenüber der Ausweisung neuer Wassergewinnungsanlagen an der Ruhr

Am 16. März 1901 behandelt der Vorstand die vorgesehenen Regelungen zum Bau der Ennepetalsperre. Dort soll es zwei externe Finanzhilfen für die Ennepetalsperrengenossenschaft geben,

- durch den Ruhrtalsperrenverein mit der Verpflichtung der Genossenschaft, gegen Zahlung von 100.000 Mark für jede Trockenheit Wasser zur Abgabe in die Ruhr vorrätig zu halten, und

- durch den Kreis Schwelm, welchem gegen Zahlung von jährlich 34.000 Mark von der Ennepetalsperrengenossenschaft das Recht eingeräumt werden soll, täglich bis zu 20.000 m^3 gegen Zahlung von ½ Pfennig je Kubikmeter zu entnehmen. Zwar ist der augenblickliche Bedarf sehr gering. Dennoch will sich der Kreis dieses Recht, welches 7,3 Mio. m^3/a entspricht, vorsorglich sichern.

Der Ruhrtalsperrenverein stimmt dem Entnahmekontingent des Kreises zu, wenn auch mit Bedenken. Die Entwicklung der Rohwasserentnahmen in den darauffolgenden Jahrzehnten hat diese Bedenken bestätigt. Dem Ruhrtalsperrenverein wurde es in zunehmendem Maße unmöglich, sein eigenes Kontingent in Anspruch zu nehmen, weil der örtliche Trinkwasserbedarf rapide anstieg und mit Vorrang bedient wurde.

In der Vorstandssitzung am 22. Juli 1904 beschließt der Vorstand, zur Entlastung des Oberbürgermeisters Zweigert den Regierungsbaumeister Link als ersten Angestellten des Ruhrtalsperrenvereins anzustellen. Er erhält 6.000 Mark im Jahr. Die Vergütung soll nach 12 Jahren auf 9.000 Mark gestiegen sein.

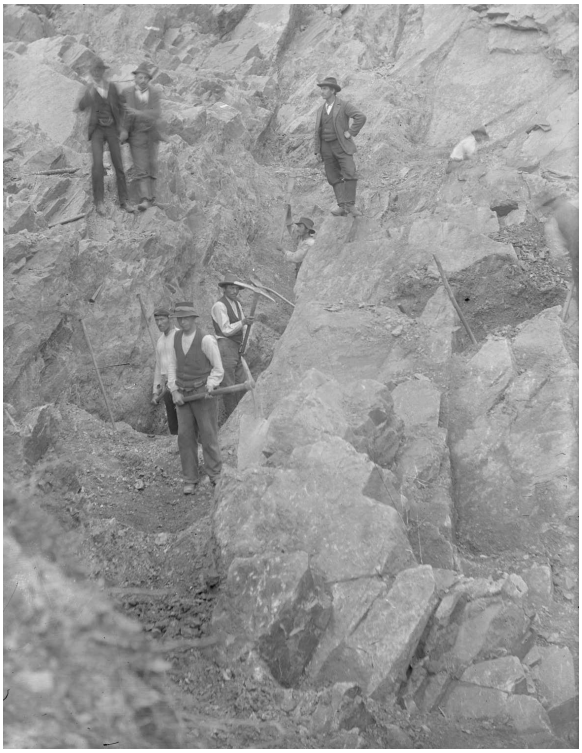

Abb. 5 Gründungsarbeiten beim Bau der Ennepetalsperre

In der Vorstandssitzung am 4. Oktober 1904 wird beschlossen, den § 1 der Satzung, welcher bisher lautet,

> *„Der Verein hat den Zweck, den Wasserstand der Ruhr nach Menge und Beschaffenheit durch Förderung von Talsperrenanlagen im Niederschlagsgebiet der Ruhr zu verbessern, und zwar mit möglichst gleichmäßiger Verteilung der Anlagen auf die obere Ruhr und deren Seitentäler“*

zu verändern in

> *„Der Verein hat den Zweck, den Wasserstand der Ruhr nach Menge und Beschaffenheit durch* ***eigene Erbauung oder*** *Förderung von Talsperrenanlagen im Niederschlagsgebiet der Ruhr zu verbessern und zwar mit möglichst gleichmäßiger Verteilung der Anlagen* ***und Zuwendungen*** *auf die obere Ruhr und deren Seitentäler.*
> ***In Verfolg dieses Zweckes kann der Verein auch regelmäßige bakteriologische und chemische Untersuchungen über die Beschaffenheit des Ruhrwassers, des Wassers der Nebenbäche und der Ruhrtalsperren, sowie von den Wasserwerken geförderten Leitungswassers vornehmen lassen****.“*

Die General-Versammlung stimmt dem am 28. November 1904 zu. Damit ist die satzungsmäßige Möglichkeit geschaffen, auch eigene Talsperren zu errichten.

Bereits am 22. Mai 1905 trägt Regierungsbaumeister Link in der Vorstandssitzung über das Projekt einer ca. 130 Mio. m^3 fassenden Möhnetalsperre vor, welche von den spezifischen Baukosten her außerordentlich billig zu errichten sei und welche, hätte man dieses Projekt bereits vor fünf Jahren gekannt, den Bau der kleinen Sperren völlig unnötig gemacht hätte. Die Möhnetalsperre wäre eine der größten Talsperren auf dem Kontinent. Erste Vorarbeiten hätten gezeigt, dass die örtlichen Verhältnisse günstig seien und es käme nun darauf an, einen

genehmigungsfähigen Entwurf zu bearbeiten. Der Vorstand stimmt zu. Im Herbst des gleichen Jahres legt dann Regierungsbaumeister Link eine neue Verbrauchsprognose vor, welche aussagt, dass die Möhne- und auch eine Listertalsperre baldigst gebaut werden müssten und dass danach erst um 1925 oder 1930 über weiteren Talsperrenbau befunden werden müsste. (Zwischen 1925 und 1935 wurde dann später tatsächlich die Sorpetalsperre gebaut.)

Die spezifischen Baukosten der Möhnetalsperre gibt Link zu 12 Pfennig je Kubikmeter an. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage erörtert, wie man die Mitglieder des Vereins soweit zusammenschließen könne, damit die zum Bau der Möhnetalsperre aufzunehmenden Anleihen auch abgesichert werden können. Hier wird zum ersten Mal und zwar durch den Regierungspräsidenten von Coels aus Arnsberg, der Gedanke einer gesetzlichen Regelung für den Verein ins Spiel gebracht.

In der Folge erweist sich tatsächlich, dass die Landesbanken nicht bereit sind, auf der Basis der bestehenden Satzung dem Verein die notwendigen Kredite von bis zu 12 Mio. Mark zu bewilligen, vielmehr eine unbeschränkte Garantie der Städte verlangen. Dies begründet sich hauptsächlich darin, dass die Satzung den Beitrag für die Wasserentnehmer auf 6 Pfennige für je 10 Kubikmeter Wasser begrenzt und dass den Mitgliedern satzungsgemäß die Möglichkeit eingeräumt ist, den Verein zu verlassen. Man einigt sich schließlich auf eine Änderung der Satzung insofern, als dass die Begrenzung der Beitragshöhe entfällt. Der entsprechenden Satzungsänderung stimmt die Generalversammlung am 12. Dezember 1906 zu. Daraufhin gewährt die Landesbank der Provinz Westfalen das gewünschte Darlehen zu 4,10 %. Es ist das größte Darlehen, das diese Bank bis dahin vergeben hat.

Mit dem Bau wird 1907 begonnen. Das Projekt wird von beiden Regierungspräsidenten tatkräftig gefördert. Es erweist sich nach und nach, dass die veranschlagten 12 Mio. Mark nicht ausreichen werden. Am Ende kostet die Möhnetalsperre um 20 Mio. Mark. Teilweise arbeiten bis zu 1000 Mann auf der Baustelle. Die Arbeiten gehen zügig voran. Der angestrebte Zeitplan wird eingehalten.

Abb. 6 Einweihungsfeier für die Möhnetalsperre

Der Ruhrtalsperrenverein als sondergesetzlicher Verband

Die Ruhr wird in zunehmendem Maße verschmutzt. Die Wasserwerke fordern eine scharfes Vorgehen der staatlichen Stellen gegen die Verschmutzer, sehen sich jedoch nicht in der Pflicht, materiell zur Lösung des Problems beizutragen. 1908 erfolgt seitens der Regierungspräsidenten von Bake die Anregung, mit Mitteln des Vereins ein Gutachten über die Reinhaltung der Ruhr zu ermöglichen. Als der Verein zögert, weist der Regierungspräsident in der Vorstandssitzung am 9. Januar 1909 darauf hin, dass er dies unbedingt durchsetzen werde, der Verein jedoch dadurch Nachteile erleiden würde, dass er jeglichen Einfluss auf die weitere Entwicklung verlöre. Dennoch bleibt der Vorstand ablehnend, insbesondere deshalb, weil nach seiner Auffassung der Verein nicht zu den Kosten der Entfernung einer von ihm nicht zu verantwortenden Verschmutzung herangezogen werden kann.

Am 27. Oktober 1911 findet in Witten die konstituierende Sitzung einer „Ruhrreinigungsgenossenschaft“ statt, an welcher der Vorstand des Vereins geschlossen teilnimmt. In dieser Sitzung wird der Beschluss gefasst, einen Gesetzentwurf für einen Ruhrverband aufzustellen. Ferner wird eine kostenmäßige Beteiligung der Wasserwerke angedacht. In der darauffolgenden Vorstandssitzung des Ruhrtalsperrenvereins, am 28. Oktober 1911, wird zur Diskussion gestellt, ob nicht bei Gelegenheit des Erlasses eines Sondergesetzes der Ruhrreinigungsgenossenschaft der Ruhrtalsperrenverein nicht ebenfalls auf Erlass eines Sondergesetzes hinwirken sollte. Im Bestreben, aus diesem Anlass auch selbst zu einer soliden rechtlichen Basis zu kommen, steht der Vorstand dieser Idee positiv gegenüber. Als Vorteile werden herausgestellt, dass

- dem Verein eine höhere Kreditwürdigkeit gegeben würde,
- ihm eine Reihe neuer Mitglieder zugeführt würden,
- man die Gelegenheit bekäme, die inneren Verhältnisse nach den in 12 Jahren des Bestehens gesammelten Erfahrungen zu regeln und
- die Voraussetzungen geschaffen würden, dass der Ruhrtalsperrenverein als Mitglied in den neu zu gründenden Ruhrverband eintreten könnte.

Es darf jedoch nach der Aktenlage unterstellt werden, dass der Ruhrtalsperrenverein als privatrechtlicher Verein weiter existiert hätte, wenn nicht der sanfte Zwang des Regierungspräsidenten von Bake zur Beteiligung an den Reinhaltekosten Früchte gezeigt hätte. Der Kostenanteil der Wasserwerke an den Reinhaltekosten verdichtet sich in der Folge zu einem Drittel.

Bereits in der Vorstandssitzung am 20. Dezember 1911 liegt ein Entwurf des Gesetzes zur internen Beratung vor. Am 20. Februar 1912 ist der Entwurf eines Ruhrtalsperrengesetzes so weit gediehen, dass er den Landtagen der Rheinprovinz und Westfalens vorgelegt werden kann. Am 13. April 1912 beschließt die Generalversammlung des Ruhrtalsperrenvereins über die Vorlage.

In der Begründung des „Entwurfs eines Ruhrtalsperrengesetzes“ vom15. April 1913 (siehe Allerhöchste Ermächtigung..) werden 89 Wasserwerke an der Ruhr erwähnt - 18 größere und 71 kleinere, welche 1911 mehr als 315 Mio. m^3 Wasser gefördert haben (s. Tabelle 4). 1910

waren es noch 295 Mio. m^3 gewesen. Gegenüber dem Gründungsjahr des Ruhrtalsperrenvereins, 1899, hat sich die Förderung mehr als verdoppelt (Tabelle 3).

Die Beratungen des Landtages ziehen sich nur sechs Wochen hin. Am 5. Juni 1913 wird das Ruhrtalsperrengesetz erlassen. Es hat sich seitdem bewährt und hatte, trotz der Stürme in den folgenden Jahrzehnten, in seinen Grundzügen Bestand bis 1990, als der Ruhrtalsperrenverein im Ruhrverband aufging und das Ruhrtalsperrengesetz in das Gesetz über den Ruhrverband vom 07.02.1990 eingeschmolzen wurde.

Jahr	Förderung der Wasserwerke aus der Ruhr (Mio. m^3) [a], [i]
1863	0
1896	116
1897	135
1909	275
1910	295
1911	315

Tabelle 3 Förderung der Wasserwerke aus der Ruhr

Name des Wasserwerks	Gesamt-förderung im Jahre 1911 (m^3)	davon Industrie direkt (m^3)
Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier (Pumpstation Steele)	55.721.310	
Stadtgemeinde Dortmund	32.134.905	
Wasserwerke Thyssen & Cie., G,m.b.H., Mülheim-Styrum	25.788.418	25.788 418
Stadtgemeinde Bochum	21.433.188	
Stadtgemeinde Essen	19.179.971	
Rheinische Stahlwerke, Duisburg-Meiderich	15.992.160	15.992 160
Friedrich Krupp AG, Essen	13.664.834	13.664 834
Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier (Pumpstation Langschede)	11.871.580	
Henschel & Sohn, Abt. Henrichshütte, Hattingen	13.029.086	13.029 086
Gutehoffnungshütte Oberhausen	11.510.982	11.510 982
Kommunales Elektrizitätswerk Mark AG, Hagen	8.666.100	8.666 100
Stadtgemeinde Barmen (Pumpstation Volmarstein)	8.413.740	
Stadtgemeinde Witten	7.827.710	
Verbandswasserwerk GmbH, Bochum	7.278.167	
Stadtgemeinde Duisburg	6.420.287	
Stadtgemeinde Mülheim-Ruhr	6.189.233	
Oberhauser Wasserwerk, Oberhausen	4.849.586	
Stadtgemeinde Hagen	3.881.511	
Stadtgemeinde Hamm	3.464.415	
Stadtgemeinde Steele	2.463.908	
Summen:	279.781.091	88.651 580

Tabelle 4 Gesamtförderung aus der Ruhr von 20 größeren Wasserwerken im Jahr 1911 (280 Mio. m^3 von insgesamt 315 Mio. m^3)

Ruhrtalsperrenverein heute

1990 beschloss der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen, den alten Ruhrverband (Wassergütewirtschaft) und den Ruhrtalsperrenverein (Wassermengenwirtschaft) zu **einem** Verband mit dem Namen „Ruhrverband“ zusammenzuschließen. Den Ruhrtalsperrenverein wird man daher im Essener Adressbuch vergeblich suchen. Der Name „Ruhrtalsperrenverein“ ist allerdings im Sauerland noch präsent, ebenso in der internationalen Fachliteratur.

Schrifttum und Dokumente

Intze, O. 1888, Ueber bessere Ausnutzung der Wasserkräfte und eine bessere Wasserwirtschaft.
Vortrag, gehalten auf der XXXI. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure, 22. August 1888, Verlag von Julius Springer, 1889

Intze, O. 1889, Ueber die bessere Ausnutzung der Wasserkräfte und über die Mittel zur Verminderung der Wasserschäden.
Vortrag, gehalten in der Sitzung des Aachener Bezirksvereins deutscher Ingenieure, 2. Mai 1888, Verlag von Julius Springer

Intze, O. 1889, Ueber die Anlage von Thalsperren und Sammelbecken,
Der Civil-Techniker, Central- Organ der behördlich autorisirten Civil-Techniker in Oesterreich, XI. Jahrgang, Nr. 10, S. 73-76

Intze, O. 1899, Ueber den Nutzen, welchen die Triebwerksbesitzer an der unteren Ruhr durch Anlage von Sammelbecken im Quellgebiet der Ruhr in mittleren trockenen Jahren haben werden. *Denkschrift, 16. Februar 1899*

Der Regierungspräsident zu Düsseldorf/ Der Regierungspräsident zu Arnsberg, Schreiben vom 26./29. Juni 1898 zur Gründung des Ruhrtalsperrenvereins

Protokoll der ersten Sitzung der Kommission für die Erbauung von Talsperren im Ruhrgebiet, 4. Juni 1898, Essen

Protokoll über die konstituierende Generalversammlung des Ruhrtalsperrenvereins am 15. April 1899

Protokolle der Vorstandssitzungen vom 18. April und vom 8. Dezember 1900

Protokoll des 52. Rheinischen Provinzlandtags, 3. Sitzung am 5. März 1912, S.34

Ruhrtalsperrenverein: Bericht über die Trockenperiode des Jahres 1911, Drucksache Nr. 33 für 1912

Allerhöchste Ermächtigung des Königs von Preußen zur Vorlage des Entwurfs eines Ruhrtalsperrengesetzes zur Beschlussfassung durch beide Häuser des Landtage, Haus der Abgeordneten, *Drucksache Nr. 1406*